

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

November 2007



Der Energiemarkt: ein Grand mit Vieren

Skatspieler wissen: Ein „Grand mit Vieren“ ist so gut wie nicht zu verlieren. Ähnlich günstig sind am deutschen Energiemarkt die Chancen für die Platzhirsche des Angebotes. Der Energiemarkt ist – offenbar begünstigt durch die von der Politik gesetzte Marktordnung – so etwas wie ein Grand mit Vieren geworden: Die Versorgungsunternehmen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW produzieren rund drei Viertel des in Deutschland verkauften Stroms.

Jetzt ist dieser Markt in die Kritik der Wettbewerbsschützer geraten. Das Bundeskartellamt wittert Preisabsprachen des Angebotsquartetts, tut sich aber schwer, für diese Vermutung eine Beweislage zu schaffen, die vor Gericht Bestand hätte. Die Monopolkommission, ein unabhängiges Expertengremium der Bundesregierung, beschreibt den Energiemarkt als „Ordnung“, die durch wenige – und teilweise auch noch miteinander verflochtene – Versorger geprägt sei und zur Diskriminierung von Mitbewerbern beim Netzzugang geradezu einlade.

Auch eine Strombörse, so meinen die Experten, könne nicht zu einem Knappheitspreis finden, wenn die Menge des Gutes „Strom“ durch wenige Großanbieter bestimmt werde. Ließe sich vielleicht der Wettbewerb simulieren? Das Bundeskartellamt plädiert für eine verschärfte Missbrauchsaufsicht, um Preisabsprachen der dominierenden Großanbieter zu verhindern. Einen gerichtsfesten Beweis für solche Absprachen gibt es aber wohl nicht. Das sieht offenbar auch die Monopolkommission so. Sie will daher einer wettbewerblichen Preisbildung nicht per Gerichtsbeschluss auf die Sprünge helfen, sondern durch ein Verbot der Errichtung neuer Kraftwerke durch die vier Großanbieter. Die Knappheit allerdings würde das – zumindest zunächst, möglicherweise auf unabsehbare Zeit – noch verschärfen.

Was tun? Vielleicht lässt man doch die ausländischen Investoren herein, die man bisher um der „Versorgungssicherheit“ willen lieber draußen als drinnen sähe.

Hans D. Barbier

Bürokratiekosten ermittelt

Die deutsche Wirtschaft wird jährlich mit Kosten in Höhe von 27 Milliarden € belastet, die sich allein aus Informationspflichten für diverse Statistiken ergeben. Diese Summe nennt die Bundesregierung in ihrem Bericht „Bürokratiekosten: Erkennen – Messen – Abbauen“. Der Betrag entspricht rund einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Insgesamt sollen baldmöglichst 10 900 Informationspflichten analysiert und ihre Kostenbelastung ermittelt werden. Der aktuelle Bericht basiert auf rund 2 100 dieser Vorschriften.

www.bundesregierung.de

Mehr Zuwanderer

Im Frühjahr 2004 sind der Europäischen Union zehn Staaten beigetreten, davon acht aus Mittel- und Osteuropa. Ende 2006 lebten 530 000 Staatsangehörige aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten in Deutschland. Das waren acht Prozent der insgesamt in Deutschland gemeldeten Ausländer. Polen stellen mit einem Anteil von knapp 70 Prozent die größte Gruppe unter den Migranten aus den neuen EU-Ländern.

Pro Jahr kommen mehr als 40 000 Mittel- und Osteuropäer nach Deutschland als von hier in ihre Heimatländer zurückkehren. 40 Prozent der mittel- und osteuropäischen Zuwanderer sind selbständig

tätig, meist als Handwerker. Vor der EU-Erweiterung waren das erst 14 Prozent. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vermutet, dass die Zuwanderer auf diese Weise die in Deutschland gültigen Beschränkungen für die Arbeitsaufnahme umgehen. Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern erhalten bis zum Jahr 2011 – im Gegensatz zu Selbständigen – grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis. Ausgenommen sind Saisonarbeiter in der Landwirtschaft und Arbeitskräfte mit besonderen Schlüsselqualifikationen.

www.diw.de

Null Bock auf Hauptschule

Hamburg hat im April dieses Jahres als erstes Bundesland beschlossen, dass die Schultypen Haupt-, Real- und Gesamtschule bis August 2009 durch sogenannte „Stadtteilschulen“ ersetzt werden. In diesen Schulen sollen die Schüler nach 13 Jahren das Abitur erwerben können. Die Gymnasien sollen als zweite Schulform weiter bestehen bleiben und bereits nach zwölf Schuljahren zum Abitur führen.

Nun will auch Rheinland-Pfalz die Hauptschulen schrittweise – spätestens bis zum Schuljahr 2013/2014 – abschaffen. Das Land reagiert damit auf sinkende Schülerzahlen in den Hauptschulen. Ab dem Schuljahr 2009/2010 sollen in der neuen Schulform

„Realschule plus“ sowohl der Hauptschulabschluss als auch die Mittlere Reife erworben werden können. Bis zum siebten Schuljahr werden die Schüler dann gemeinsam in einer Klasse lernen. Erst danach sollen Haupt- und Realschüler getrennt unterrichtet werden. Die neue Schulform soll bis zur Fachhochschulreife führen.

hauptschule.bildung-rp.de

Gesucht: Schwarzarbeit

Schwarzarbeit ist in der Europäischen Union laut Eurobarometer-Umfrage weit verbreitet. Insgesamt geben rund fünf Prozent der Befragten zu, schwarz zu arbeiten. In Süd- und Osteuropa ist nicht angemeldete Erwerbsarbeit besonders verbreitet: Dort gehen bis zu zehn Prozent der Beschäftigten einer nicht gemeldeten Tätigkeit nach. Vor allem Dienstleistungen im Haushalt – Gartenarbeit, Kinderbetreuung, Altenpflege und ähnliches – werden oft entlohnt, ohne staatliche Abgaben zu leisten.

Die EU-Kommission findet, Schwarzarbeit gefährde ihre Ziele, mehr Beschäftigung und stärkeres Wirtschaftswachstum in der EU zu erreichen. Sie fordert von den Mitgliedsländern eine stärkere Bekämpfung der Schwarzarbeit. Die Kommission schlägt unter anderem vor, die steuerliche Belastung für reguläre Arbeit zu senken und den Bürokratieaufwand für kleine Unternehmen abzubauen. Zudem fordert sie die intensive Zusammenarbeit von Steuer- und Aufsichtsbehörden.

europa.eu/index_de.htm

Strompreis-Kalkulationen

Die beiden größten deutschen Energieversorger E.ON und RWE haben Mitte Oktober eine Strompreiserhöhung zum Jahreswechsel angekündigt. Kunden und Politiker sind empört. Sie werfen den Konzernmanagern „Abzockerei“ vor. Die Manager weisen den Vorwurf zurück und behaupten, Schuld am steigenden Strompreis trage die Politik: Vor allem Steuern und Abgaben seien verantwortlich für teuren Strom.

In Deutschland produzieren vier Unternehmen – E.ON, RWE, Energie Baden-Württemberg (EnBW) und Vattenfall – den überwiegenden Teil des Stroms, der in Industrie und Privathaushalten benötigt wird: Rund 75 Prozent des in Deutschland erzeugten Stroms stammt aus den Kraftwerken der vier Konzerne. Hinzu kommen rund 900 Stadtwerke und andere Anbieter, zum Beispiel Ökostromproduzenten; an einer Vielzahl davon sind die großen vier Stromkonzerne allerdings beteiligt.

Preisbildung

Bis zur Stromlieferung muss ein komplexer Produktionsprozess durchlaufen werden, von den Ökonomen „Wertschöpfungskette“ genannt. Kohle, Erdgas und andere Primärenergieträger müssen beschafft und in Kraftwerken in Strom umgewandelt werden. Über den Großhandel erfolgt der Ausgleich von Stromangebot und -nachfrage; der Großhandelspreis wird an der Strombörse ermittelt. Bei der Durchleitung und der Verteilung fallen Netzkosten an, und bis zur Lieferung an die Endkunden entstehen Vertriebskosten.

Der Strompreis für einen typischen Haushalt – mit einem Jahresverbrauch von 3 500 bis 4 000 Kilowattstunden – lag

Mitte des Jahres 2007 bei rund 20 Cent pro Kilowattstunde. Strombeschaffung und -erzeugung haben daran einen Anteil von rund 25 Prozent. Weitere 30 Prozent der Kosten ergeben sich aus dem Bau, der Wartung und Reparatur von Stromleitungen sowie den Durchleitungsgebühren für netzfremde Stromanbieter. Der Vertrieb schlägt sich mit fünf Prozent im Preis nieder. Die letzten 40 Prozent schließlich entfallen auf staatliche Abgaben, Steuern und Umlagen. Für die angekündigte Preiserhöhung zum Jahresbeginn 2008 müssten sich Mehrkosten in einem oder mehreren dieser drei Kostenblöcke ergeben haben.

Produktionskosten

Weil weltweit die Preise für Energieträger klettern, müsse der Strompreis steigen; schließlich werden in den Kraftwerken auch Kohle und Gas zu Strom umgewandelt: Dieses von den Stromkonzernen oft genannte Argument gestiegener Beschaffungskosten ist nicht nachvollziehbar, denn die Erzeugungskosten belaufen sich auf rund ein Viertel des Strompreises. Ein Preisanstieg von zehn Prozent lässt sich damit nicht rechtfertigen. Außerdem haben sich Braunkohle und Uran – mit diesen Rohstoffen wird in

Deutschland rund 50 Prozent des Stroms erzeugt – kaum verteuert.

Möglicherweise machen höhere Kosten für das Leitungsnetz die Preissteigerung notwendig. Die Kosten der Netzdurchleitung unterliegen staatlicher Kontrolle. Die „Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn“ – kurz: Bundesnetzagentur – wirkt an der „Preisbestimmung für die Nutzung von Leitungsnetzen“ mit. Sie muss die von den Stromkonzernen vorgesehenen Netzentgelte genehmigen. Im kürzlich vorgestellten „Monitoringbericht 2007“ weist Matthias Kurth, Präsident der Agentur, darauf hin, dass die Netzentgelte von 7,3 Cent je Kilowattstunde um einen Cent gesunken sind. Die im Zuge der Regulierung gesunkenen Netzentgelte für Haushaltskunden haben lediglich zur Dämpfung des Preisanstiegs anstatt zu Preissenkungen geführt. Eine zehnpromtente Preiserhöhung lässt sich damit nicht begründen.

Preistreiber Staat?

Bleibt „Vater Staat“ als eventueller Preistreiber:

■ Rund die Hälfte des staatlich bedingten Kostenanteils von 40 Prozent entfällt auf die Stromsteuer. Sie wurde im



„Es wird noch einige Jahre dauern, bis der Wettbewerb bei Strom und Gas auf einem Stand ist, den man als zufriedenstellend bezeichnen könnte.“

Bernhard Heitzer, Präsident des Bundeskartellamtes

Rahmen des Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform am 1. April 1999 in Deutschland eingeführt. Mit dieser Verbrauchsteuer wurden umwelt- und finanzpolitische Zwecke verknüpft. Die Verbraucher sollten zum Energiesparen gedrängt und erneuerbare Energien gefördert werden. Zusätzlich sollte ein Teil des Steueraufkommens zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge genutzt werden. Das Steueraufkommen – 2006 rund 6,3 Milliarden € – steht dem Bund zu. Dieser Betrag dürfte im laufenden Jahr zwar steigen, aber unter dem Niveau des Jahres 2005 liegen. Zur Begründung der anstehenden Preisrunde eignet sich die Stromsteuer deshalb nicht.

■ Die zum 1. Januar 2007 angehobene Mehrwertsteuererhöhung kann ebenfalls kein Argument für die Preissteigerung sein. Den höheren Mehrwertsteuersatz reichen die Stromversorger bereits seit Anfang des Jahres an die Endkunden weiter.

■ Konstant geblieben ist die Höhe der sogenannten Konzessionsabgaben. Sie wird von den Gemeinden für Stromleitungen erhoben, die Straßen und Wege der Gemeinden nutzen. Die Konzessionsabgaben für Strom werden in Cent-Beträgen je gelieferte Kilowattstunde vereinbart. Sie sind Bestandteil des vom Energieversorger mit den Kunden abgerechneten Preises. Höchstbeträge sind in der „Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas“ festgelegt. Die Abgaben hängen im Wesentlichen von der Einwohnerzahl, von der Spannungsebene des

Netzanschlusses – Niederspannung oder Mittelspannung – sowie dem Jahresverbrauch ab.

■ Ebenfalls gleich geblieben sind die gesetzlich garantierten Vergütungen für Anlagenbetreiber, die mit Kraft-Wärme-Kopplung arbeiten.

■ Vergütungen für die Stromerzeugung aus regenerativen Energien werden dagegen 2007 – wie in den Jahren zuvor – steigen. Das liegt daran, dass der Anteil des Stroms aus Wind, Sonne und anderen regenerativen Energieträgern wächst. Die Aufwendungen dafür klettern im Vorjahresvergleich um rund 1,1 Milliarden €. Gemessen am jährlichen Gesamtverbrauch macht die Teuerung je Kilowattstunde aber lediglich 0,2 Cent aus.

Verdeckte Belastungen

Also kann auch der Staat nicht als Hauptverursacher der anstehenden Preiserhöhung verurteilt werden. Allerdings wirken neben den offenen Kosten verdeckte auf den Preis. Im Kostenanteil „Erzeugung, Transport und Vertrieb“ stecken beispielsweise auch Aufwendungen für den Windstrom: Damit es bei ungenügender Windleistung nicht zu Stromausfällen kommt, muss

ständig Leistung vorgehalten werden. Die konventionellen Kraftwerke müssen wegen möglicher Leistungsschwankungen vorsorglich über Bedarf produzieren.

Ebenfalls indirekt beeinflusst wird der Strompreis, wenn die Politik bestimmte Kraftwerkstypen bevorzugt. Soll aus Sicherheitsgründen auf Atomkraft oder wegen der Kohlendioxidproblematik auf Braunkohlekraftwerke verzichtet werden, müssen entsprechende Alternativen aufgebaut und finanziert werden. Ebenso kosten Verpflichtungen zum Klimaschutz letztlich das Geld der Stromkunden: Um den von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel angestrebten Ausbau von Windkraftanlagen in der Nordsee – sogenannte Offshore-Windanlagen – zu erreichen, sind Investitionen in entsprechende Leitungen erforderlich.

Die genaue Höhe dieser indirekt verursachten Kosten lässt sich nur schwer ermitteln. Ihr Einfluss auf den Strompreis rechtfertigt aber keine zehnpromtente Preissteigerung. Wenn in allen Kostenbereichen – von der Erzeugung über die Netzdurchleitung bis zum Staat – allerdings keine entsprechenden

Steigerungen festzustellen sind, lässt die angekündigte Preiserhöhung nur einen Schluss zu: Marktmacht. Ob Monopolkommission, Bundeskartellamt, Bundesnetzagentur oder Europäische Kommission, alle sind überzeugt, dass es im Strommarkt an Wettbewerb fehlt.

Kein Wettbewerb, keine freien Preise

Das liegt einerseits daran, dass der Strommarkt ein Markt mit nur wenigen großen Anbietern ist. Ökonomen sprechen von einem engen Oligopol. Andererseits wird der Preismechanismus als relativer Wertanzeiger durch staatliche Eingriffe stark eingeschränkt. In einer Marktwirtschaft signalisieren Preise das Verhältnis von Ressourcen und Kundenwünschen. Nur auf einem Markt im Wettbewerb entstandene Preise machen Leistungen mess- und vergleichbar. Mithilfe der Preise lässt sich ablesen, ob zu viel oder zu wenig von einem Gut produziert wurde.

Wird der Preismechanismus gestört, enfällt das einzige Instrument, das die Wünsche der Konsumenten ermittelt und an die Produzenten weiterleitet. Dieser Mechanismus kann nur ungenügend wirken, wenn Preise staatlichem Einfluss unterliegen. Eine vermachtete Marktstruktur und ein nicht funktionierender Preismechanismus: Von Marktwirtschaft ist der „Strommarkt“ noch weit entfernt. Das ist erstaunlich, denn immerhin wird seit 1998 versucht, auf diesem Markt Wettbewerb zu schaffen.

Andreas Schirmer

Stromerzeugung			
Anteile der Energieträger in Prozent			
Gesamtproduktion 2006: 636 Milliarden Kilowattstunden			
	2004	2005	2006
Kernenergie	27,2	26,3	26,3
Braunkohle	25,7	24,8	23,9
Steinkohle	22,9	21,6	21,4
Erneuerbare Energien	8,5	10,4	11,9
Erdgas	10,0	11,4	11,6
Sonstige	4,1	5,5	4,9
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen			



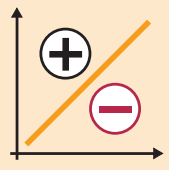
„Die gute Konjunktur ist stabil und verstärkt die übliche Herbstbelebung: die Arbeitslosigkeit nahm stärker ab als sonst in einem Oktober, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung legte weiter deutlich zu, und die Arbeitskräftenachfrage bleibt auf hohem Niveau.“

Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit

IM KLARTEXT

November 2007

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im November 2007

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊕

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober erneut stark zurückgegangen. 3,4 Millionen Menschen waren ohne Arbeit, 650 000 weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote sank im Oktober um 0,2 Prozentpunkte auf 8,2 Prozent. Im Vorjahr hatte sie noch bei 9,8 Prozent gelegen. Erstmals seit zwölf Jahren lag die Zahl der Arbeitslosen im Oktober wieder unter 3,5 Millionen. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist gegenüber dem Vorjahr – in allen Bundesländern – gestie-

gen; Zunahmen gab es in fast allen Branchen.

Zusätzlich wird der Arbeitsmarkt durch ein sinkendes Arbeitskräfteangebot entlastet. Nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden 2007 rund 73 000 Erwerbspersonen aus dem Berufsleben ausscheiden.

Geldwertstabilität ⊕

Die Bundesregierung wehrt sich derzeit, Maßnahmen gegen die steigenden Lebenshaltungskosten einzuleiten: Eine „außerplanmäßige“ Anpassung der Sozialleistungen an gestiegene Preise für Waren des täglichen Bedarfs soll es nicht geben.

Diese klare Position ist richtig: Haushalte mit niedrigem Einkommen – zum Beispiel aus Sozialtransfers – verwenden ihr Geld zu großen Teilen für Waren des täglichen Bedarfs. Die verteuerten sich zuletzt stärker als der statistische Warenkorb im ganzen. Dennoch sind die Lebenshaltungskosten nicht überdurchschnittlich gestiegen, weil Wohnungsmieten – ebenfalls

Verbraucherpreise

Veränderungsraten 2007, zum jeweiligen Vorjahresmonat	
Januar	1,6 %
Februar	1,6 %
März	1,9 %
April	1,9 %
Mai	1,9 %
Juni	1,8 %
Juli	1,9 %
August	1,9 %
September	2,4 %
Oktober*	2,4 %

* vorläufig
Quelle: Statistisches Bundesamt

ein bedeutender Kostenblock – nur moderat zunahm.

Gegen eine unmittelbare Bindung von Sozialleistungen an die Inflation spricht zudem, dass damit – eventuell vorübergehende – Preissteigerungen direkt an die öffentlichen Haushalte weitergegeben werden. Höhere Steuern und Abgaben wären die Folge. Das würde die Kaufkraft des Einzelnen schmälern und die Volkswirtschaft insgesamt belasten.

Eigenverantwortung ⊖

Knapp 200 000 älteren Arbeitslosen droht die Zwangs-

verrentung, weil am 1. Januar 2008 die so genannte „58er-Regelung“ ausläuft. Mit der Regelung konnten ältere Arbeitslose Arbeitslosengeld II (Alg II) erhalten, ohne dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen zu müssen. Ab Januar gilt für jeden, der 60 Jahre und älter ist: Wer länger als 18 Monate arbeitslos ist, muss in Rente gehen – Rentenabschläge bis zu 18 Prozent inklusive.

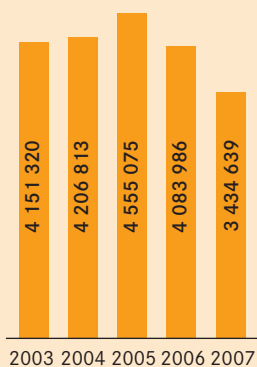
Die geplante Maßnahme der Bundesregierung irritiert: Die Kabinettsmitglieder betonen häufig, dass ältere Arbeitslose stärker ins Erwerbsleben eingegliedert werden müssen. Außerdem ist Zwangsrente statt Eingliederung ein Widerspruch zur allgemeinen Tendenz, das Renteneintrittsalter anzuheben.

Zwangsrentner

Erwerbslose Leistungsbezieher (Alg II) Ende 2006	
60-Jährige	55 501
61-Jährige	41 613
62-Jährige	40 241
63-Jährige	30 526
64-Jährige	24 717

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose



jeweils Oktober
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: Bundeskartellamt/Bundesagentur für Arbeit
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard